Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr. Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 264. Abendblatt. Dienstag, den 9. Juni 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 8. Juni. Die Reise des Königs nach Hannover, welche, von einigen Blättern als in der Lage der Sache begründet, mit Bestimmtheit gemeldet wurde, wird jetzt von anderer Seite die in Hannover vorhandene Stimmung als Hinderniß derselben bezeichnet. Wie wir früher erwähnt haben, ist die Reise des Königs nach Hannover nur im Zusammenhang mit der Eventualität einer Reise desselben nach Ems in Betracht gekommen. Indem wir wiederholt hierbei stehen bleiben, bemerken wir, daß ein Beschluß in der einen oder andern Richtung noch nicht erfolgt ist, daß aber die Stimmung in Hannover nicht als Grund anzusehen ist, wenn die Reise dahin nicht stattfinden sollte. Neuerdings, nach der Rückkehr des Kronprinzen, hat übrigens der König eine Einladung zu einem Besuche auf Schloß Fürstenstein in Schlesien erhalten, der er wahrscheinlich zunächst Folge geben wird. — In dem Befinden des Grafen Bismarck dauert die Besserung in erfreulicher Weise fort; auch die gastrischen Erscheinungen nehmen nach und nach ab. — Während die österreichische Regierung jede Gelegenheit benutzt, um darzuthun, daß sie die durch den Prager Friedensvertrag geschaffenen Verhältnisse als zu Recht bestehend betrachtet und in der Neugestaltung Deutschlands keine Eingriffe versucht, schlagen einige österreichische Zeitungen und einige österreichische Federn in süddeutschen Blättern einen anderen Weg ein. Sie bezeichnen das Resultat des Krieges von 1866 als gänzlich unheilvoll für Deutschland und sehen Deutschland ohne Oesterreich als vollständig unfähig zur Aktion und selbst zur Vertheidigung an. Sie wollen die Sympathien für Oesterreich in Süddeutschland wach erhalten und Bundesgenossen gewinnen, um die Neugestaltung Deutschlands rückgängig zu machen. Diese Bestrebungen werden ohne Erfolg sein. In Süddeutschland macht sich die Meinung immer mehr geltend, daß Oesterreich Deutschland nur für seine Zwecke ausgebeutet hat. Die Katastrophe von 1866 hat dargethan, daß Oesterreich unfähig ist, der Beschützer Süddeutschlands zu sein: weit entfernt davon, damals Süddeutschland Hülfe zu gewähren, hat es vielmehr die Unterstützung desselben erwartet und bedurft. Diese Pläne der österreichischen Publizisten, den österreichischen Einfluß in Deutschland dadurch wiederherzustellen, daß sie Süddeutschland die Hülfe Oesterreichs in Aussicht stellen, gewähren also durchaus keine Hoffnung auf Erfolg. Sie gewähren dieselbe um so weniger, als auch in den süddeutschen Blättern (in dem „Augsburger Anzeigeblatt" der „Augsb. Abendzeitung", der „Kemptener Ztg.", der „Passauer Ztg." u. s. w.) zahlreiche Stimmen davon Zeugniß geben, daß man dort für Wiederherstellung des alten Verhältnisses zwischen Süddeutschland und Oesterreich nicht denkt, sondern daß man im Zollparlament nur den Anfang eines engeren Anschlusses an den norddeutschen Bund sieht. — Bei dem mit Belgien abgeschlossenen Postvertrage wird gleichfalls großes Gewicht darauf gelegt, daß die Briefe frankirt aufgegeben werden. Es wird auch in diesem Vertrage festgesetzt, daß unfrankirte Briefe das doppelte Porto zahlen. Das Porto beträgt bei Absendung des Briefes aus dem nordd. Bunde 2 Sgr., dagegen bei der Absendung aus Belgien 20 Centimes, ist mithin in letzterem Falle 5 Centimes billiger. Es erwächst jedoch hieraus der belgischen Postverwaltung kein Vortheil auf Kosten des norddeutschen Bundes. Es ist allerdings eine Theilung vereinbart, aber dabei beträgt der Antheil des norddeutschen Bundes an dem Porto der diesseits abgesandten Briefe 15 Centimes, der Belgiens 10 Centimes, wogegen das Porto der aus Belgien abgehenden Briefe halbscheidlich zu je 10 Centimes getheilt wird. Um aber für den Briefwechsel auf kurzen Strecken in den beiderseitigen Grenzen Erleichterungen herbeizuführen, ist die Bestimmung getroffen, daß Briefe zwischen den beiderseitigen Postanstalten, welche innerhalb eines Rayons von 30 Kilometer gelegen sind, nur die Hälfte der festgesetzten Taxe zu zahlen haben. Das Maximalgewicht von Briefpoststücken darf nicht 15 Loth oder 250 Gramme übersteigen. Es gehören hierher außer den Briefen noch die Zeitungen und andere Drucksachen, die Waarenproben, die zum Abtragen durch einen Expreßboten bestimmten Sendungen, die rekommandirten Gegenstände, die Rückscheine über rekommandirte Briefe, die Briefe mit deklarirtem Werth und die Postanweisungen. Der Vertrag soll am 1. September d. Js. in Kraft treten und von Jahr zu Jahr verbindlich bleiben, wenn nicht einer der vertragenden Theile 6 Monate vorher die Fortdauer desselben kündigt. Die Ratifikation des Vertrages wird sobald als möglich in Berlin bewirkt werden. Der Vertrag giebt auch den Postanstalten des Gebiets des Großherzogthums Hessen, das nicht zum norddeutschen Bunde gehört, dieselben Rechte, wie den Postanstalten des zum Bunde gehörigen Theils von Hessen.

Berlin, 8. Juni. Se. Majestät der König arbeitete am Sonntag Morgens im Schlosse Babelsberg, kam darauf um 11½ Uhr in Begleitung des Prinzen und der Frau Prinzessin Karl per Extrazug von Potsdam nach Berlin und fuhr vom Bahnhofe aus sofort nach Charlottenburg, woselbst der Kronprinz, vom Schlosse Fürstenstein in Schlesien zurückgekehrt, die Prinzen Albrecht, Vater und Sohn, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin rc. am Sterbetage des Königs Friedrich Wilhelm III. im dortigen Mausoleum zu einer stillen Andacht versammelt waren. Hierauf wurde im Stadtschlosse zu Charlottenburg das Dejeuner eingenommen, und der König kehrte um 2 Uhr mit den übrigen Herrschaften von Charlottenburg nach Potsdam zurück. Das Familiendiner fand auf Schloß Babelsberg im engeren Kreise statt und Abends war Theegesellschaft im Neuen Palais. Gestern Vormittags nahm der König auf Babelsberg Meldungen und die Vorträge des Geheimen Kabinetsrathes v. Mühler, des Geh. Hofrathes Borck entgegen, ertheilte Audienz und kam zum Diner von Potsdam nach Berlin. Heute Morgens wird der König auf dem Tempelhofer Felde das Garde-Kürassier- und das erste Garde-Dragoner-Regiment besichtigen.

— Der Adjutant des Prinzen Friedrich Karl, Oberstlieutenant v. Erckert, welcher in der Schlacht bei Königgrätz schwer verwundet wurde, feierte am Sonnabend seine Vermählung mit der einzigen Tochter des Wirklichen Geheimrathes v. Raabe. An dem solennen Festmahle im Hotel Royal nahm der Prinz Friedrich Karl gleichfalls Theil.

— Die schwedische Ministerkrisis hat den erwarteten Ausgang gehabt. Von den zuletzt für das Ministerium des Auswärtigen genannten Personen hat der jüngere Kandidat Graf Wachtmeister das Portefeuille des Auswärtigen übernommen. Derselbe ist als ein maßvoller Mann bekannt. Der früher einmal in vorübergehender Weise, aber in der letztern Zeit nicht mehr genannte Graf Hamilton hatte als Gesandter in Kopenhagen seine Demission gegeben, wie es hieß, weil er während des deutsch-dänischen Krieges Schweden auf Dänemarks Seite zu sehen wünschte. Es darf jetzt als sicher angesehen werden, daß Schwedens Politik nach Außen dieselbe bleiben wird. Der hiesige schwedische Gesandte ist vorgestern früh mit Urlaub nach Stockholm gereist.

— Der „D. A. Z." schreibt man von hier: Georg v. Vincke liegt seit dem Schlusse des Zollparlaments an der fliegenden Gicht darnieder. Sobald sein Zustand es einigermaßen gestattet, wird er nach seiner Heimath gebracht werden. Sein Mandat zum preußischen Abgeordnetenhause gedenkt er niederzulegen, dasjenige zum Reichstag aber zu behalten, wenn seine Gesundheitsverhältnisse es gestatten.

— Der „Kr.-Ztg." schreibt man: Die Schwierigkeit, eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern des Reichstags zusammenzubringen, wird wahrscheinlich dazu beitragen, das Ende der Session noch früher herbeizuführen, als es in Aussicht genommen war. Man glaubt schon jetzt, daß außer dem Budget nur noch wenig andere Angelegenheiten zur Erledigung kommen werden. Zu den Gesetzentwürfen aber, die noch im Laufe der Session auf Erledigung zu rechnen haben, darf man wohl den auf die Spielbanken bezüglichen zählen, welchen der Bundesraths-Ausschuß für das Justizwesen in Folge des vom Reichstage gestellten Antrages abgefaßt und dem Bundesrath zur Genehmigung vorgeschlagen hat. Danach sollen innerhalb des Gebietes des norddeutschen Bundes hinfort öffentliche Spielbanken weder konzessionirt, noch geduldet und die gegenwärtig konzessionirten Spielbanken, so weit ihre Schließung in Gemäßheit der Landesgesetze nicht früher eintritt, mit Ablauf der Zeit, für welche die Konzession ertheilt ist, spätestens aber am 31. Dezember 1872 geschlossen werden. Das Spiel an Sonn- und Feiertagen soll jedoch mit dem Tage verboten sein, an welchem dieses Gesetz in Geltung tritt. Aus den bestehenden Konzessionen und Spielpacht-Verträgen, welche in Gemäßheit dieses Gesetzes beschränkt oder aufgehoben werden, sollen weder Entschädigungs-Ansprüche an den Bund, noch überhaupt Entschädigungs-Ansprüche wegen entgangenen Gewinns stattfinden. Diese letztere Bestimmung empfiehlt der Ausschuß als dringend rathsam, um zweifelhaften Rechtsfragen und wahrscheinlichen Prozessen nach Möglichkeit vorzubeugen. In dem Berichte des Ausschußes findet sich auch eine Uebersicht über die in Staaten des norddeutschen Bundes noch bestehenden Spielbanken. Es sind deren vier, zu Travemünde, Pyrmont, Wildungen und Nauheim. In Travemünde läuft die Spielbank-Konzession mit der Badesaison 1872 ab; in Pyrmont geht der Spielpacht-Vertrag am 30. April 1873 zu Ende; in Nauheim am Schlusse des Jahres 1877; in Wildungen erst im Jahre 1885. Der Ausschuß glaubt übrigens, nach dem ihm vorliegenden Material, konstatiren zu können, daß die baldmöglichste Aufhebung der Spielbanken jetzt auf die Zustimmung sämmtlicher Bundesregierungen zu rechnen habe.

— Der Abg. Friedenthal und Genossen (aus verschiedenen Fraktionen) haben den Antrag gestellt, ein Gesetz, betreffend die subsidiarische Haftung des Brennerei-Unternehmens für Zuwiderhandlungen gegen die Branntweinsteuergesetze durch Verwalter, Gewerbsgehülfen und Hausgenossen, anzunehmen.

— Von dem Abgeordneten Graf Münster ist folgender Antrag beim Reichstage eingebracht: „Ein Mitglied, welches ohne um Urlaub nachgesucht zu haben, in zehn auf einander folgenden Plenar-Sitzungen nicht erscheint, wird vom Präsidenten aufgefordert, innerhalb eines von letzterem festzustellenden Termins seinen Sitz im Hause einzunehmen. Erfolgt darauf kein Bescheid, so wird angenommen, daß das betreffende Mitglied sein Mandat niedergelegt hat, und eine Neuwahl anzuberaumen ist." Der Antrag wird durch Schlußberathung erledigt werden.

— Der Vorsteher des „Telegraphi[illegible]n Bureaus für Norddeutschland", Hofrath Alberts, hat sein[illegible]onnenten folgende Erklärung zugehen lassen: „Meine geehrten Abonnenten erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß mein Bureau das einzige ist, welche amerikanische Nachrichten und Newyorker Course per atlantisches Kabel direkt bezieht und zwar durch Vermittelung von Reuter's telegraphischem Bureau in London. Die von anderen Bureaux gebrachten amerikanischen Nachrichten sind fast durchgängig den englischen Zeitungen entlehnt, in welche sie durch Reuter's Office veröffentlicht werden. Mit jenen entlehnten Nachrichten werden sogar öfters, um den Ursprung nicht zu sehr ins Auge treten zu lassen, willkürliche Veränderungen vorgenommen. Als Beweis für die obige Angabe erlaube ich mir anzuführen, daß am verflossenen Sonnabend, den 6. d., bei den New-Yorker Coursen des vorhergehenden Tages in den englischen Zeitungen durch das Versehen eines Schreibers Gold mit 139⅛ notirt worden ist, während es, wie mein Bureau sofort gemeldet, 139⅞ (39⅞ Agio) betrug. Da von anderen Bureaux der unrichtige, in den englischen Zeitungen angegebene Cours gemeldet worden ist, so glaube ich meine geehrten Abonnenten und das Publikum im Allgemeinen bardarauf aufmerksam machen zu müssen, daß mein Bureau al[illegible] e amerikanischen Course direkt bezieht, für deren Richtigkeit ich einstehen kann. M. Alberts." (Die Sache erinnert an die Mausefalle, welche vor ein paar Jahren den „Kölnischen Blättern" von der „Kön. Ztg." mit Erfolg gestellt worden ist. Damals handelte es sich um Wolff'sche Depeschen, welche die K. Bl. der K. Z. zu entnehmen pflegten; zur Ueberführung wurde den K. Bl. ein Exemplar der „K. Z." mit einer entstellten Depesche in die Hände gespielt.)

— Die Kommission zur Vorberathung der Gewerbeordnung setzte am Sonnabend Abend ihre Berathungen fort. Unter anderen wurde im §. 37 die Beibehaltung der polizeilichen Erlaubniß für den Betrieb von Gast- und Schankwirthschaften und den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus beschlossen; als Grund, diese Erlaubniß zu versagen, aber nur der Umstand als gültig angenommen, daß Thatsachen vorliegen, welche annehmen lassen, daß der Nachsuchende die Schankstätte zur Begünstigung der Völlerei, der Spielsucht und der Unsittlichkeit benutzen würde. Die Kommission setzte gestern Abend ihre Berathungen fort.

— Die „Allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung", welche in diesen Tagen in Kassel berieth, hat sich für Berlin als nächsten Versammlungsort entschieden. Aus der Sitzung dieser Versammlung am 5. Juni berichtet man dem „Fr. Journ.": Nachdem die Sitzung des Lehrertages durch den Gesang „Herr, erleuchte mich" eröffnet worden, setzte der Präsident die Versammlung davon in Kenntniß, daß auf die von Seiten der Versammlung an Se. Maj. den König telegraphisch übermittelte Danksagung eine telegraphische Antwort eingegangen sei des Inhalts: „Ich spreche der Versammlung meinen besten Dank aus für deren patriotische Begrüßung bei deren Zusammenkunft. gez. Wilhelm." Der Lehrertag hörte die Verlesung der Königlichen Antwort stehend an.

— (Norddeutscher Reichstag.) (Schluß.) Abg. Twesten: Die gegenwärtige Art des Etatsjahres und die Zeit des Zusammentritts des Reichstages harmonire nicht. Der Herr Bundeskanzler habe im preußischen Abgeordnetenhause eingehende Berathungen über die Frage zugesagt, ob nicht das Etatsjahr vom 1. Juli bis 1. Juli angenommen werden könne. Die jetzige Art der Geschäftsführung sei eine solche, unter welcher sowohl die Mitglieder wie die Geschäfte selbst leiden müßten. Die zweckmäßigste Zeit des Zusammentritts würden die Wintermonate sein. — Der Redner wendet sich hiernach zu dem Marine-Etat. Eine demselben angeschlossene Bemerkung spreche die Erwartung aus, daß man gegen das Vorjahr eine Ersparniß von 3—400,000 Thlr. werde machen können. Diese Ersparniß soll, so viel sich beurtheilen lasse, in den Sätzen für das Marine-Personal, die Werftarbeiten und die Indienststellung der Schiffe gemacht werden, das sei sehr zu bedauern. Wenn der Reichstag die Anleihe für die Marine ohne Verantwortlichkeit der Beamten ablehnen mußte, so schließe das nicht aus, daß die Ausgabe durch Vorlage der Regierung direkt in den Etat gebracht werde. Er hoffe, daß dies in Betreff der Summe von 3—400,000 Thlr. noch jetzt geschehe. (Beifall.) — Präs. Delbrück: Die Unterhandlungen über die Veränderung des Etatsjahres schweben noch. Der Bundesrath hätte sehr gewünscht, den Etat früher vorlegen zu können. Die Verhältnisse des Jahres 1869 seien jedoch sehr verschieden gegen die das Jahres 1868 und es sei daher unbedingt nothwendig gewesen, den Anhalt über Schätzung der Einnahmen wenigstens in einigen Monaten zu gewinnen. Im nächsten Jahre solle der Etat möglichst zeitig vorgelegt werden. In Betreff der Rechnungs-Kontrole und der Gesandtschaftsposten schwebten noch Berathungen. Die Regierung habe gleichfalls lebhaft bedauert, daß durch die Ablehnung der Anleihe ihr die Mittel genommen worden, die Entwickelung der Marine eintreten zu lassen. Das Auskunftsmittel, die nöthigen Kosten durch Erhöhung der Matrikularbeiträge zu beschaffen, sei nicht anwendbar. Durch den Ausfall der Postüberschüsse rc. werden die Matrikularbeiträge sich ohnehin für dies Jahr schon erheblich höher stellen. — Abg. v. Kirchmann: Es sei nicht nöthig, daß der Bund Schulden mache. Jedenfalls wünsche er bei Anleihen, daß das Haus streng bei dem Prinzip der Verantwortlichkeit bleibe. Aber auch er bedauere sehr, wenn die Entwickelung der Marine durch den Absatz der Summe leiden solle. Das dürfe nicht geschehen. Die Erhöhung der Matrikularbeiträge könne durch die einzelnen Staaten beliebig durch Anleihe aufgebracht werden. Er hoffe, daß die nöthigen Summen noch als Nachtrag zum Etat von der Regierung eingebracht würden. — Abg. Miquel: Er sei ganz gegen die Ansicht des Vorredners, daß die nothwendigen Kosten der Entwickelung der Marine- und Landesvertheidigung nicht durch Anleihen aufgebracht und so die spätere Generation herangezogen werden dürfte. Bei der Ablehnung der Anleihe habe man ausdrücklich ausgesprochen, daß damit kein Druck auf die Regierung in Betreff der Marine geübt werden sollte. Man habe ausdrücklich erklärt, daß man die Kosten dafür in anderer Form bewilligen wolle, und er hoffe, es werde sich noch eine solche Form finden. Er bitte um Erklärung des Vertreters des Marine-Ministeriums, worin die Reduktionen bestehen sollten! Ferner wünsche er die Erklärung, wie es mit dem Eigenthumsrecht an dem Material des norddeutschen Bundes, z. B. den Postgebäuden, dem Material der Festungen rc. stehe. Der Redner bedauert, daß der Etat keine Ausgaben für die gesandtschaftliche Vertretung des Bundes, für Bundes-Minister enthalte. Man dürfe nicht zu ängstlich mit den Matrikular-Beiträgen sein und die Entwickelung der Marine und anderer Bundeseinrichtungen leiden lassen. Wenn ein kleiner Staat die nothwendige Last nicht tragen könne, dann ist er überhaupt nicht lebenswürdig und lebensfähig und möge, wie alles Irdische, untergehen. (Beifall.) — Der Bundesverwaltung fehle es noch an Arbeitskräften. Er bedauere, daß im Etat nicht für deren Vermehrung Sorge getragen worden. (Beifall).

Bundes-Kommissar Kontre-Admiral Jachmann: Der Organisationsplan der Marine, wie er in der Denkschrift dem Reichstag im vorigen Jahre vorgelegt worden, sei auf die Annahme gebaut gewesen, daß dem Ministerium dazu jährlich 8 Millionen zu Gebote stehen würden. Nachdem der Reichstag die Anleihe abgelehnt, mußte man eine den vorhandenen Mitteln entsprechende andere Organisation der Entwickelung entwerfen. Für das laufende Jahr waren die Ausgaben zum großen Theil schon durch Kontrakte gemacht, es mußten also für 1869 die Ersparungen in Aussicht genommen werden. Zu diesem Ende sind 1200 Mann der Flottenmannschaft entlassen worden, es mußten ferner die für die ostasiatische Expedition bestimmten und die auf Expeditionen im Mittelmeere und Mexiko befindlichen Schiffe zurückgerufen werden und es wird im Jahre 1869 von jeder Indienststellung von Schiffen für handelspolitische und politische Interessen Abstand genommen werden müssen. Man wird sich daher auf die Ausbildung der Marine in den inländischen Meeren beschränken müssen. — Abg. v. Blankenburg: Die Partei der Herren Twesten und Miquel befinde sich jetzt in der Klemme. Von ihrer Seite sei gerade der Vorschlag der Ausbildung der Marine durch eine Anleihe ausgegangen. Durch den Beschluß des 22. April seien sie nun in eine sehr unbequeme Lage gekommen. Sie hätten kein Recht, sich über die Konsequenzen zu beschweren — was die Regierung gethan, sei vielmehr ganz konstitutionell und zu

loben. Sie hätte keine Versuche gemacht, die abgelehnten Ausgaben in anderer Weise zu machen. In den Kommissions-Verhandlungen sei ganz offen ausgesprochen worden, daß die Nothwendigkeit der Entwickelung der Marine dazu benutzt werden müsse, um weitere Rechte für das Haus zu erwerben. Sie bedachten nicht, daß sie ihr Lieblingskind, die Marine selbst, damit schädigen würden! Dem Wege dieser Seite: dem Bunde Einnahmen zu entziehen und die Ausgaben dann durch Erhöhung der Matrikularbeiträge zu bestreiten, werden wir nicht folgen. Für ein Bundes-Ministerium einzutreten, werden wir so lange vertagen, als bis es uns von jenem Tisch (nach dem Bundesrath deutend) entgegen getragen wird, und nie zu dem Grundsatz übergehen, die bundesgetreuen kleinen Freunde zu vergewaltigen.

Abg. **Lasker** weist mit großer Lebhaftigkeit die seiner Partei gemachten Vorwürfe zurück. Umgekehrt hätten die Regierung und jene Seite des Hauses die Marinefrage benutzt, um durch Bedrohung, daß die Marine untergehen müsse, die national-liberale Partei zur Abstandnahme von der Beamten-Verantwortlichkeit zu bewegen.

Präsident **Delbrück**: Es ist nicht Schuld der Regierungen, daß die Entwickelung der Marine gehemmt ist; es ist falsch, wenn man sagt, sie hätten kein Herz für die Marine. Alles ist sorgfältig überlegt worden und man ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß es keinen anderen Weg als den der Anleihe gebe und der Weg des hohen Extraordinariums nicht zu beschreiten sei. Die Fortifikationsbauten an der Jahde und in Kiel waren durchaus nothwendig und mußten vollendet werden. Was die Portofreiheit angeht, so liegt der Schwerpunkt derselben in der Dienstkorrespondenz, und wenn auch der Bund diese Korrespondenz der einzelnen Staaten nicht portofrei zu befördern braucht, so hätte dies doch keinen andern Erfolg, als die Erhöhung der Matrikularbeiträge. — In Betreff der Eigenthumsverhältnisse, so ist das bewegliche Inventarium bei der Post- und Telegraphen-Verwaltung Bundeseigenthum geworden; ob die Immobilien auch Bundeseigenthum sind, darüber schweben noch die Unterhandlungen. In der Militärverwaltung ist das bewegliche Eigenthum als dem Bunde angehörig anzusehen, die Immobilien sind Eigenthum der einzelnen Staaten. Die Einnahmen bei der Post sind übrigens noch im Abnehmen begriffen und Arbeitskräfte haben wir genug, was die Etatsaufstellung betrifft; die Verhältnisse sind dabei noch günstiger als bei der Aufstellung des preußischen Etats. — Abg. **Grumbrecht**: Ausgaben, die bewilligt sind, nicht zu machen, das ist nicht konstitutionell. Darum mußten die 300,000 Thaler für Ausbildung des Personals dafür auch ausgegeben werden, anstatt sie wegen unterlassener Anleihe sparen zu wollen und damit der Marine einen unheilbaren Schaden zuzufügen. Herr v. Blanckenburg hat Unrecht, die Sache zu verbittern, anstatt sie in Frieden zu regeln. — Einheitsstaat, Bundesstaat — Alles Spielerei! Einen Staat muß man schaffen, das ist die Hauptsache, und diesen Staat haben wir noch nicht, denn wir haben keinen Finanzminister.

Abg. **Schulze**: Eigenthümlich! Eine Landesvertretung trägt der Regierung die Befugniß, eine Anleihe zu machen, entgegen, und die Regierungen wollen dann keine Kontrole. Sie sagen, Sie können keine Anleihe machen? Wohl können Sie eine Anleihe kontrahiren, aber Sie wollen keine Kontrole, und lieber die Entwickelung der Marine ein Jahr aufhalten, als daß wir von den geforderten Garantien ablassen! — Abg. **Fries**: Der Abg. v. Blanckenburg hat es heut dahin gebracht, daß wir nie wieder mit seiner Partei kompromittiren können. Wir haben übrigens noch nicht gehört, warum denn das Geld durch Matrikularbeiträge nicht beigebracht werden kann. Mit gutem Willen können die kleinen Staaten ihren Pflichten genügen. Wir sind bereit, die Mittel auf den Etat zu übernehmen und überlassen es dem Bundesrath, ob er es vor dem Vaterland verantworten will, wenn er unser Anerbieten nicht annimmt.

Abg. **Wagener** (Neustettin) hält das Schuldenmachen für ein angeborenes Menschenrecht; der Bund hatte also Schulden gemacht, ohne das Entgegenkommen des Abg. Schulze. Die Stärkung der Marine ist ungleich wichtiger als die Steigerung der Armee, aber wir wollen diese Stärkung nicht um einen zu theuren Preis. Der norddeutsche Bund ist kein Kind von konstitutionellen Eltern: wollen Sie ihn konstitutionell machen, so verkrüppeln Sie ihn. Wir fordern die Initiative der Regierung, weil die Organisation nur in einem Kopfe entspringen, nicht von einer Versammlung geschaffen werden kann. Möge man ein Beispiel an Roms Festhalten an den Bündnissen mit den kleineren Staaten Italiens nehmen. — Frhr. v. **Vincke** (Olbendorf) bedauert die von der Debatte genommene Richtung; die Schuld liege jetzt auf beiden Seiten und da müsse man sich endlich verständigen, damit einmüthig das patriotische Werk der Marine weitergebaut werden könne, denn ohne Marine könne ein Großstaat nicht bestehen. Möge die Regierung die Initiative ergreifen! — Derselben Ansicht auch der Abg. **Camphausen** (Neuß), der da bittet, man möge den Flottenzank aufheben; aber man solle sich beiderseits durch zu rasche Aeußerungen nicht zu rasch binden. Das gelte vom Hause, wie von den Regierungen, feststehe, daß wirksam nur auf dem Wege der Anleihe vorgegangen werden könne. Redner geht auf das Bundesschuldengesetz, auf die Darlehnskassenscheine ein und konstatirt, daß jenes Gesetz die Garantie, welche §. 17 beabsichtigt, nicht gewährt haben würde. — Abg. Graf **Schwerin**: Ich bitte Sie, die Gegensätze hier nicht zu schärfen, sondern auf die Stärkung der Marine bedacht zu sein. Ich werde stets für §. 17 stimmen. Indemnität hat nur eine Bedeutung, wenn die Nichtertheilung eine strafrechtliche Verfolgung nach sich zieht, sonst ist sie ein langes Wort. Wollte man den absolutistischen Staat, so dürfte man keine Wahlen, keine Verfassung geben. Wir wollen den nationalen Staat, der sich von den Bahnen des Abg. Wagener entfernt. — Abg. **Löwe**: Es handelt sich hier darum, die öffentliche Meinung zu gewinnen; wir sehen, daß der Absolutismus wohl zerstören, aber nie etwas schaffen kann. Braucht die Regierung das Geld, so wird sie es übrigens schon fordern; bis jetzt ist aber die Bedürfnißfrage noch nicht ausgesprochen, wozu das Geld entgegentragen? Das ist bei unseren unfertigen Zuständen nicht rathsam, zumal wir keinen verantwortlichen Finanzminister haben. Das Schuldenmachen mag ein natürliches Recht sein, aber es hat seine Grenzen darin, daß man Jemanden finden muß, der da kommt. Man darf nicht die Menschen anklagen, wenn Schwierigkeiten bestehen, sondern die Zustände, das fehlende Staatswesen, und so kommt es, daß wir uns um untergeordnete Dinge streiten müssen. — Die Generaldebatte ist geschlossen. — Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Miquel, v. Blanckenburg, Wagener (Neustettin), Schulze, Twesten, Graf Schwerin, worauf ein Antrag des Dr. Reincke, die Beschlußfähigkeit des Hauses betreffend, der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen wird.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. T.-O.: Fortsetzung der Debatte; Spezialdebatte über den Etat: Ausgaben und Al. 1 der Einnahmen: Zölle. Vorher: Wahlprüfung, Telegraphenvertrag mit Luxemburg.

München, 8. Juni. Die neueste Nummer der „Süddeutschen Presse“ erklärt offiziös die Nachricht der Pariser „Presse“, daß preußische Truppen zur Besatzung **Landaus** bestimmt seien, für eine tendentiöse Erfindung.

Ausland.

Wien, 8. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat heute nach längerer Debatte eine **Resolution** angenommen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, zur Deckung des Defizits im Budget für 1868 im Besteuerungswege die geeigneten Vorlagen ungesäumt zu machen und zur Deckung des Defizits in den folgenden Jahren Gesetzvorlagen, betreffend die Reform der direkten Steuern, die Erhöhung der Zuckersteuer und die Einführung der Klassensteuer einzubringen. Der Finanzminister verspricht die ungesäumte Einbringung der betreffenden Gesetzvorlagen. — Bei der Debatte über den Gesetzentwurf in Betreff des Verkaufs der Staatsgüter sprachen polnische Abgeordnete gegen den Verkauf der palizischen Staatsgüter. Morgen findet die Fortsetzung der Debatte statt. — Prinz **Napoleon** machte gestern in Begleitung des Kaisers eine Rundfahrt durch den Park von Schönbrunn und besuchte Abends das Etablissement von Schwender in Hietzing.

Gravenhaag, 8. Juni. Der „Staatscourant“ meldet die Ernennung Roests van Limburg zum interimistischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Paris, 6. Juni. Der Hof wird erst übermorgen nach Fontainebleau übersiedeln. Morgen wohnt er den **Pferderennen** im Bois de Boulogne bei. Es handelt sich dort um den großen Preis von 100,000 Franken. Zwei berühmte englische Pferde sind gestern eingetroffen: „The Earl“ des Marquis v. Hastings und Wales-royal des Lord Stamford. Frankreich wird durch Suzerain, Nelusko und Sarasin repräsentirt. Man spricht von bedeutenden Wetten für die einen und die andern. Auf dem Boulevard des Italiens ist überdem eine Agentur etablirt für Wetten von 5 bis 10 Franken, ob „Frankreich oder England“ den Sieg davon tragen werde.

Florenz, 8. Juni. Das **Kronprinzliche Paar** wird sich wahrscheinlich schon in der nächsten Zeit nach Ems und Koblenz begeben. — Die Unterhandlungen mit Frankreich wegen des Abzuges der französischen Truppen aus dem Kirchenstaat haben erwünschten Fortgang; gutem Vernehmen nach wird man einfach auf die Bestimmungen der September-Konvention zurückgreifen.

— Die Deputirtenkammer nahm nach längerer Debatte Art. 1 des Gesetzes, betreffend die **Einkommensteuer**, an, durch welchen für die Jahre 1869 und 1870 die Grundsteuer um ein Zehntel erhöht wird. Art. 2 des Vermögenssteuer-Gesetzes, welches die Steuer auf bewegliches Vermögen um ein Zehntel erhöht, wurde gleichfalls angenommen. Das Haus trat sodann in die Berathung des von dem Finanzminister gestellten Antrages, die auf den Namen ausländischer Inhaber lautenden Rententitel von der Besteuerung auszunehmen.

Rom, 8. Juni. Ein allgemeines **Konzil** wird zum 8. September 1869 berufen werden. Die Einberufungs-Bulle wird die griechischen und anglikanischen Bischöfe ermahnen, das Schisma aufzugeben und wieder der römisch-katholischen Kirche beizutreten.

London, 6. Juni. Wie die „Imperial Review“ sagt, haben die anglikanischen **Erzbischöfe** von Irland, Angesichts der Krise des irischen Staatskirchen-Instituts, es für ihre Pflicht gehalten, die Synoden der Provinzen von Armagh und Dublin einzuberufen, ohne vorher die sonst nöthige spezielle Erlaubniß der Krone eingeholt zu haben. — Gestern Abend fand das jährliche Bankett zu Gunsten des **Journalistenfonds** statt; der Herzog von Cambridge führte den Vorsitz.

— Frau **Lucca** begiebt sich von hier zur Stärkung ihrer Gesundheit nach Interlaken. — In Preston haben am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag große Raufereien stattgefunden. Am Morgen des Donnerstag versammelten sich die englischen Protestanten, mit ihren blauen und bronzefarbenen Bändern geschmückt, und zogen in geschlossenen Massen auf die Irländer los, die ihrer, gleichfalls geschaart, am andern Ende der Stadt warteten. Der Kampf wurde mit Steinwürfen eröffnet (die irischen Weiber brachten den Streitenden stets frische Munition herbei; an vielen Plätzen fand man später das Pflaster aufgerissen), und endigte mit einem Handgemenge, bei welchem Knittel und Eisenstangen eine große Rolle spielten, auch mehrere Schüsse fielen. Das Einschreiten der Polizei war fruchtlos und erst einem katholischen Geistlichen gelang es, die Irländer auf gütlichem Wege zum Rückzuge zu veranlassen. Am Freitag Abend fanden neue Zusammenrottungen statt.

— Aus **Mexiko** sind Nachrichten bis zum 17. Mai eingetroffen. Die Aufstände im Innern sind noch immer nicht beigelegt. Die Insurgenten okkupiren das Gebirge in der Umgebung von Puebla und haben General Marquez zum Regenten proklamirt. Die Staaten San Louis Potosi, Tabasco, Queretaro und Mexiko hängen von der Gnade der Rebellen ab.

London, 8. Juni. Unterhaus. Auf eine Interpellation Childers erwiederte der Schatzkanzler, die Regierung sei genöthigt, von dem Hause die Votirung sämmtlicher finanzieller Erfordernisse für das ganze Verwaltungsjahr zu fordern. Das neue Parlament werde hoffentlich vor Weihnacht einberufen werden können. — Das Haus genehmigte die noch übrigen Klauseln der schottischen Reformbill.

Pommern.

Stettin, 9. Juni. Der bewährte Dirigent der Stettiner Liedertafel, Herr J. **Beschnitt**, wird unter Mitwirkung der Liedertafel und der Olin'schen Kapelle im Laufe der künftigen Woche im Garten des Schützenhauses ein großes Vokal- und Instrumental-Konzert veranstalten.

— Wie wir hören, wird die bei dem hiesigen Publikum sehr beliebte Soubrette Fräulein Emilie **Gauger** binnen Kurzem zu einem längeren Gastspiele an unserer Sommerbühne hier eintreffen.

— Das am 6. d. M. ausgegebene amtliche Verzeichniß der Universität **Greifswald** ergiebt eine in erfreulichster Weise steigende Frequenz. Die Gesammtzahl der Zuhörer beträgt nämlich 442. Davon gehören der theologischen Fakultät 31, der juristischen 18, der medizinischen 260, der philosophischen Fakultät 109 an. Außer diesen 418 immatrikulirten Studirenden sind noch 24, darunter 17 Pharmazeuten zum Hören der Vorlesungen berechtigt. — In diesem Semester hat sich der bisherige Assistent von Virchow, Dr. **Roth** aus Basel als Privatdozent für normale und pathologische Anatomie an jener Hochschule habilitirt. — Der Neubau und die Vergrößerung der medizinischen Institute, weil sie durch die die große Zunahme der Zuhörer dringendes Bedürfniß sind, haben bereits begonnen.

— In der Nacht zum 24. v. M. sind in der Mühlen-Vorstadt zu **Grimmen** 22 Scheunen in Feuer aufgegangen. Die dortige Polizei-Verwaltung sagt nun in einem Erlasse vom 4. d.: Die Vermuthung böswilliger Brandstiftung liegt nahe, und werden alle Diejenigen, welche über die Entstehung des Feuers Mittheilungen zu machen vermögen, aufgefordert, unverzüglich hierher Nachricht zu geben, namentlich aber werden Reisende, welche jene Vorstadt zwischen 12 und 1 Uhr in der gedachten Nacht passirt haben, um Mittheilungen ersucht, so bald sie irgend wie Verdacht erregende Beobachtungen gemacht haben. Gleichzeitig wird bemerkt, daß eine Belohnung von 100 Thlr. für Denjenigen ausgesetzt ist, der derartige Beweismittel anzugeben vermag, daß auf Grund derselben der Brandstifter ermittelt wird.

— Dem in der Charlottenstraße No. 3 wohnhaften Restaurateur Hintze wurde in verflossener Nacht durch den Arbeiter Carl **Brauer**, welchem H. den geforderten Einlaß verweigerte, die Thür und Fensterläden zertrümmert, weshalb die Verhaftung des Brauer erfolgte.

Anclam, 8. Juni. Der Bau einer **Kriegsschule**, über dessen Ausführung offiziell hier noch nichts bekannt ist, macht die Gemüther warm. Der Eine erblickt für die Stadt die größten Vortheile, während ein Anderer wieder die Opfer zählt, die dem Stadtsäckel und somit jedem Bewohner durch Erhöhung der Kommunalsteuer aus dem großen Bau erwachsen werden, und so haben sich bereits einander bekämpfende Parteien gebildet. Im großen Ganzen liegt ein Nutzen für die Stadt wohl näher. Es gewinnt der Hausbesitzer, der Gastwirth, der Bäcker, der Kaufmann und auch der Handwerker. Dem Miether werden allerdings die Wohnungen vertheuert, spezielle Rücksichten müssen aber bei Kommunalzwecken dem allgemeinen Besten weichen. Der hiesige Ort ist weder ein großkaufmännischer (etwa Getreidehandel ausgenommen), noch ein industrieller, der kleine Handwerker ringt mehr oder weniger mit dem Leben, und so sieht man nirgend viel Gedeihliches, ja man kann sagen, der Ort befindet sich in retograder Bewegung. Daß unter diesen Verhältnissen Gelegenheiten wie der projektirte Bau einer Kriegsschule nicht so ohne Weiteres von der Hand zu weisen, vielmehr als Mittel zur Hebung des Ortes zu benutzen sind, dürfte jedem, dem das allgemeine Wohl der Stadt am Herzen liegt, wohl einleuchten.

Vermischtes.

— Die Vorbereitungen zu dem diesjährigen **Händel-Musikfeste** im Londoner Krystall-Palaste, welches am 15., 17. und 19. d. M. stattfinden soll, sind, wie die „Anglo-Amer. Korr.“ berichtet, nahezu vollendet, und bereits ist das Programm veröffentlicht worden. Das Orchester, unter Costa's Leitung, dürfte vielleicht eines der großartigsten der Neuzeit sein, denn es zählt allein 420 Streichinstrumente und der Sängerchor wird aus 3500 Personen bestehen, wovon etwa 2200 Amateursänger der Sacred Harmonic-Society in Exeter-Hall angehören, und 1300 Choralisten aus verschiedenen Provinzialstädten des Königreiches sind. Unter den Solosängern und Sängerinnen befinden sich die Damen Tietjens, Nilssohn, Kellog, Rüdersdorff, Carola und Lemmens-Sherrington und die Herren Sims Reeves, Cummings, Foli und Santley. Am Montag, den 15. d. Mts., gelangt der „Messias“ und am Freitag, den 19., „Israel in Egypten“ zur Aufführung. Den interessantesten Theil des Musikfestes dürfte unstreitig das für Mittwoch, den 17., festgesetzte Programm bilden, da dasselbe Musikfreunden die willkommene Gelegenheit bietet, die unsterblichen Kompositionen des großen Händel in vielseitiger Beziehung kennen zu lernen. Das Programm umfaßt Selektionen aus den Oratorien „Saul“, „Salomon“, „Theodora“, „Semele“, „Alexanders Fest“, beginnt mit der Ouverture zu dem „Occasional Oratorio“ und schließt mit dem herrlichen Schlußchor aus „Judas Maccabäus.“ Das große Händel-Orchester im Krystall-Palast ist zur Aufnahme des 4000 Mitglieder zählenden Gesammt-Orchesters wesentlich vergrößert worden, und nimmt einen Raum ein, dessen Weite im Durchmesser diejenige des Domes in der St. Paul's Kathedrale zu London um das Doppelte übersteigt. Da, mit Ausnahme der Königin, der gesammte Königliche Hof sein Erscheinen an allen Tagen des Musikfestes zugesagt hat, wird die dem Orchester gegenüber befindliche große Bühne des Palastes in eine entsprechende Anzahl elegant dekorirter Hoflogen verwandelt werden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 8. Juni, Vormittags. Angekommene Schiffe: Anna Magdalena, Bune von Flensburg. Drei Schwestern, Klöfkorn; Europa, Tumförde von Bremen. Erwingen, Overas von Christiansund. Caroline Marie, Ruge von Blandow. Wind: NW. Revier $15\frac{1}{2}$ F. Strom ausgehend. 3 Schiffe im Ansegeln.

Börsen-Berichte.

Stettin, 9. Juni. Witterung: leicht bewölkt, schön. Temperatur + 18° R. Wind W.

Weizen anfangs wesentlich höher bezahlt, Schluß ruhig, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 88—97 Rt. bez, ungar. 62—74 Rt. bez., besserer 76—81 Rt., feiner 82—85 Rt. bez., per 83—85pfd. gelber Juni 94, 95, 94 Rt. bez., Juni-Juli 87, 88, 87 Rt. bez., Juli-August 84, 85, $84\frac{1}{2}$ Rt. bez, September-Oktober $76\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd.

Roggen rapide steigend bezahlt, schließt etwas matter, pr. 2000 Pfd. loco 53—57 Rt., besserer 58—60 Rt. bez., 82—83pfd. 61, $63\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juni 58, 60, 59 Rt. bez., Juni-Juli 56, 57, $56\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juli-August 54, 55, $54\frac{1}{4}$ Rt. bez., $\frac{1}{2}$ Br., September-Oktober $52\frac{3}{4}$, $53\frac{1}{2}$, 53 Rt. bez. u. Br.

Gerste fest, per 1750 Pfd. loco mährische, schlesische u. ungar. 44 bis 48 Rt. bez.

Hafer fest, loco per 1300 Pfd. 34, 36 Rt. bez., pr. 47—50pfd. Juni 36 Rt. bez.

Erbsen Futter- pr. 2250 Pfd. 56—59 Rt. bez.

Rüböl fester, loco $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., Juni 10 Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 10 Rt. Br., Septbr.-Oktober $9\frac{11}{12}$ Rt. Br., $9\frac{5}{6}$ Gd.

Spiritus fest und etwas höher, loco ohne Faß $17\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juni und Juni-Juli $17\frac{2}{3}$ Br., $\frac{7}{12}$ Gd., Juli-August $17\frac{11}{12}$, 18 Rt. bez., August-Septbr. $18\frac{1}{8}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., Sept.-Okt. $17\frac{3}{4}$ Rt. bez.

Angemeldet: 50 Wspl. Roggen.

Regulirungs-Preise: Weizen $94\frac{1}{2}$, Roggen 59, Rüböl 10, Spiritus $17\frac{2}{3}$.

Berlin, 9. Juni, 2 Uhr 20 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $84\frac{1}{8}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $95\frac{1}{2}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien $135\frac{3}{4}$ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien $93\frac{1}{2}$ bez. Oesterr. National-Anleihe $54\frac{1}{4}$ bez. Pomm. Pfandbriefe $85\frac{1}{2}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 184 bez. Wien 2 Mt. $86\frac{3}{4}$ bez. London 3 Mt. 6. $23\frac{5}{8}$ bez. Paris 2 Mt. 81 bez. Hamburg 2 Mt. $150\frac{5}{8}$ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 72 bez. Oesterr. Banknoten $87\frac{9}{16}$ bez. Russ. Banknoten $83\frac{1}{4}$ bez. Amerikaner 6 % 78 bez.

Weizen Juni 74, 76 bez. Roggen pr. Juni $54\frac{3}{4}$, $55\frac{7}{8}$ bez., Juni-Juli $53\frac{1}{2}$, $55\frac{1}{4}$ bez., Juli-August 53, $54\frac{1}{4}$ bez. Rüböl loco 10 Br, Juni 10 bez., September-Oktober $10\frac{1}{6}$, $\frac{1}{8}$ bez. Spiritus loco $18\frac{1}{6}$ bez., Juni-Juli $17\frac{7}{8}$ bez., $\frac{5}{6}$ Gd., Juli-August 18, $17\frac{11}{12}$ bez., August-Septbr. $18\frac{7}{24}$, $\frac{1}{8}$ bez.

Breslau, 8. Juni. Spiritus per 8000 Prozent Tr. $16\frac{3}{4}$. Roggen per Juni $51\frac{3}{4}$, per Herbst 50. Rüböl per Juni $9\frac{5}{12}$. pr. Herbst $9\frac{7}{12}$. Zink unverändert.

Hamburg, 8. Juni. Getreidemarkt. Für Weizen und Roggen loco sehr beschränkte Frage, Preise besser. Weizen auf Termine Anfangs sehr animirt, später matt. Weizen pr. Juni 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., 151 Gd., pr. Juni-Juli 143 Br., 142 Gd., pr. Juli-August 138 Br., 137 Gd. Roggen pr. Juni 5000 Pfd. Brutto 93 Br., 92 Gd., per Juni-Juli 92 Br., 91 Gd., per Juli-August 91 Br., 90 Gd. Hafer stille. Rüböl fest, loco und pr. Juni $20\frac{3}{4}$, per Oktober $21\frac{3}{4}$. Spiritus geschäftslos, zu $25\frac{1}{4}$ angeboten. Kaffee ruhig. Zink stille. — Wetter regnerisch.

Amsterdam, 8. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen fest, per Juni 191, per Juli 196. Raps per Oktober $60\frac{1}{2}$. Rüböl per November-Dezember $33\frac{1}{4}$.

London, 8. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 35,218, Gerste 9934, Hafer 35,020 Quarters.

Englischer Weizen 1 Sch. höher, in fremdem Detailgeschäft zu vollen letzten Preisen. Gerste 6 d. niedriger. Hafer desgleichen, aber fest. Leinöl loco Hull $31\frac{1}{4}$. — Schönes Wetter.